

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1947

4 (6.8.1947)

Süddeutsche Allgemeine

Beschleunigungswesen Jeden Montag, Mittwoch und Freitag. Einzelverkaufspreis RM. — 20, monatlicher Bezugspreis RM. 2,30, bei Zustellung durch die Post RM. 2,60 zuzüglich Zustellgebühr.

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Anzeigenpr.: Die 8 mm br. Nonop-Zelle
Karlsruher Ausgabe RM. 1,30; Pforzheimer Ausgabe und Württembergisches Abendblatt je RM. 1,—; Gesamtausgabe RM. 2,—. Amtl. Anzeigen 50% Nachsl.

1. Jahrgang, Nummer 4

Mittwoch, 6. August 1947

Einzelpreis 20 Pfennig

Welt-Rundschau

London (Dena-INS). Die Ernennung Viscount Mountbattens zum Generalgouverneur der Dominions Indien und Mohammed Ali Jinnah zum Generalgouverneur von Pakistan wurde von König Georg beglückt.

Budapest (Dena-Reuters). General Gustavo Jany, der Befehlshaber der deutschen Besatzungstruppen gegen die Sowjetunion eingesetzt, wurde von den ungarischen Behörden zum Vizepräsidenten der Volksregierung ernannt.

Buenos Aires (Dena-Reuters). Pflüchtlinge aus Paraguay, die die argentinische Grenze überschritten haben, erklärten, daß die uruguayische Hauptstadt Montevideo vollständig von den Aufständischen eingeschlossen sei und Einheiten der Regierungstruppen im Südosten zu den Aufständischen überlaufen seien.

Paris (Dena-Reuters). Der Präsident der französischen Republik Vincent Auriol hat den zum Tode verurteilten früheren Generalsekretär der Prädialkanzlei der Vichy-Regierung Jacques Benoit-Méchin zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt.

Prag (Dena). Dr. Karl Danhel, der ehemalige Führer der slowakischen Faschistischen Organisation der sogenannten „Hlinka Garde“ wurde zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

Budapest (Dena-Reuters). Das ungarische Innenministerium gibt offiziell bekannt, daß der wegen „anti-demokratischer Äußerungen“ verhaftete amerikanische Staatsbürger Stefan Thuranszky vor seiner Vernehmung durch das Budapest-Volkgericht von unbekannten Personen in einem Auto mit amerikanischen Nummernschilder entführt wurde. Thuranszky soll sich, wie später gemeldet wurde, in der amerikanischen Botschaft aufhalten.

Jerusalem (Dena-Reuters). Der Bürgermeister von Natania, Oved Ben Ammi, und eine Reihe anderer prominenter Führer der rechtsextremsten jüdischen Revisionisten-Partei wurden verhaftet. Ben Ammi befindet sich in der Stille, wo vor einigen Tagen zwei britische Soldaten von jüdischen Terroristen ermordet wurden.

Genf (Dena). Die Gattin des argentinischen Staatspräsidenten Eva Peron traf laut AFP Montagmorgens von Aix les Bains (Departement Savoie-Frankreich) kommend hier ein.

Antijüdische Ausschreitungen

London, 5. August (Dena-Reuters) Die nach der Ermordung zweier britischer Sergeanten durch die jüdische Terroristenorganisation „Irgun Zvai Leumi“ in Großbritannien zum Ausdruck gekommenen Ausschreitungen gegen Juden wurden am Montag in mehreren Städten Großbritanniens in verstärktem Maße fortgesetzt. In Liverpool mußte die Polizei eingreifen, als eine mehrere hundert Personen umfassende Menschenmenge versuchte, im Geschäftsviertel der Stadt jüdische Läden zu beschädigen. Eine jüdische Kunstschmiede wurde in Brand gesetzt, während in der Nähe die Scheiben jüdischer Geschäfte eingeworfen wurden. 28 Personen wurden von der Polizei verhaftet. Der Oberbürgermeister von Liverpool appellierte an die Einwohner der Stadt, die antijüdischen Ausschreitungen zu unterlassen. Weitere Ausschreitungen wurden aus Hull und Ramsgate gemeldet, wo sechs Fensterscheiben der Synagoge eingeschlagen wurden. In London wurde ebenfalls eine Synagoge beschädigt.

Deutsche Politiker in England

London, 5. Aug. (Dena-Reuters) Zwölf führende deutsche Politiker aus der britischen Besatzungszone trafen am Montag zu einem fünftägigen Besuch in London ein, um die Arbeit der örtlichen britischen Verwaltungsbehörden und des Parlamentslebens zu studieren. Der Leiter der Delegation, Hamburgs erster Bürgermeister Max Brauer (SPD), erklärte, die Delegation habe besonderes Interesse an der Wirtschaftslage Großbritanniens. Alles, was der britische Premierminister, Clement Attlee, während der nächsten Tage sagen werde, sei für die Deutschen von lebenswichtigem Interesse, da Deutschlands Zukunft mit der Großbritanniens eng verbunden sei. Die Delegation besteht aus Mitgliedern der SPD, der CDU, des Zentrums, der FDP und der LDP. Sie wurde von Kapitän Stephen King Hall von der Hansard-Gesellschaft, der diesen Besuch gemeinsam mit dem britischen Außenministerium veranstaltete, empfangen.

Washington (Dena-Reuters). Das amerikanische Landwirtschaftsministerium kündigte eine zusätzliche Lieferung von 17 000 Tonnen Mehl für Österreich an.

Deutschlandpolitik vor dem Unterhaus

Die Haltung Frankreichs — Minister Bevin rechtfertigt Politik der Regierung — Marshall-Plan

London, 5. August (Dena). Das Unterhaus besprach in seiner heutigen Sitzung die Politik der Regierung gegenüber Deutschland. In einer großangelegten Rede rechtfertigte Außenminister Bevin die Politik der Regierung. Seinen Ausführungen ist folgendes zu entnehmen:

Bevin begrüßte die Rede Außenministers Bidaults über Deutschland. Er habe festgestellt, so sagte Bevin, daß Bidault in seiner Rede in der vergangenen Woche offensichtlich zum ersten Male dem deutschen Problem gegenüber eine andere Haltung gezeigt habe, als dies von französischer Seite bisher der Fall gewesen sei. Er hoffe nun, daß man zu Beginn der Deutschland-Besprechungen im November wisse, ob Frankreich sich mit seiner Besatzungszone in Deutschland der britischen und amerikanischen Zone anschließen werde.

Anschließend erörterte Bevin den Marshall-Plan und sagte, er habe nicht festgestellt, daß dieser Plan auch nur die Andeutung einer Beeinflussung von anderen Ländern

hatte. Auf der Pariser Konferenz, so sagte er, habe sich einschließlich der Sowjets keine Regierung gefunden, die nicht bereit gewesen wäre, von den Vereinigten Staaten einen Kredit anzunehmen. — Zu den Forderungen nach Nahrungsmitteln und Rohstoffen für Deutschland erklärte Bevin, kann irgend jemand mir sagen, wo man Nahrungsmittel und Rohstoffe bekommen kann, außer von den Dollarstaaten. Das möchte ich gerne ausfindig machen. Soweit es in unseren Kräften steht, so fügte er hinzu, und soweit wir Rohstoffe ohne Dollars erwerben können, sind wir bereit, unseren Beitrag zur Lösung dieses Problems zu leisten. Wir können dagegen nicht noch weitere Dollars für diesen Zweck ausgeben.

Bevin sagte auch, die Kalorienzahl der täglichen Nahrungration in Deutschland betrage gegenwärtig 1250 Kalorien. Man versuche aber gegenwärtig, diese Rationen in Vorbereitung auf den Winter auf 1550 Kalorien zu erhöhen. Das Ziel sei jedoch, soweit dies angesichts

der Lebensmittelvorräte und der Finanzen gerechtfertigt sei, die Rationen auf eine Kalorienzahl von 1800 aufzubessern. Dadurch werden dann die Schwerarbeiter wie die Stahlarbeiter einen Kalorienwert von etwa 2800 erhalten.

Die Frage über den zukünftigen Besitz der Kohlenbergwerke sei bereits klargestellt. Was die deutsche Bevölkerung betreffe, sagte Bevin abschließend, so sei es nicht die Absicht der britischen Regierung, jetzt oder in Zukunft an Vergeltung zu denken. Wir glauben, daß Deutschland durch sorgfältige Behandlung aus einer kriegerischen und aggressiven Nation in ein friedliebendes Volk verwandelt werden kann, das in der Gemeinschaft der europäischen Völker seinen Platz ausfüllt. Das ist das Ziel, auf das wir hinarbeiten wollen. Je schneller jedoch die Deutschen sich selber zu dieser Anschauung bekennen und gleich Italien den Willen zum Ausdruck bringen, sich aus ihrer Lage emporzuarbeiten, wobei ihnen geholfen wird, um so schneller werden wir am Ziele sein.

Nach den Ausführungen Bevins forderte die Opposition eine Stellungnahme des Hauses zur Deutschlandpolitik der Regierung. Die Abstimmung ergab 258 Stimmen für und 102 gegen die Regierung.

Churchill zu Deutschlandpolitik

London, 5. August (Dena-Reuters) Der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill erklärte in seiner ersten größeren politischen Rede nach seiner Genesung zur britischen Politik gegenüber Deutschland, Großbritannien habe seinen Sieg dazu benutzt, den Deutschen eine höchst unfähige Verwaltung aufzuzwingen, anstatt ihnen die Verantwortung für ihre eigene Angelegenheit zu übertragen und ihnen jegliche Hilfe zu geben. Das gibt ihnen die Möglichkeit, Großbritannien für alles Elend verantwortlich zu machen, an dem sie doch selber schuld sind. Die Haltung des Deutschen gegenüber Großbritannien verändere sich schnell in einen tiefen Haß, der sich mit Verachtung mische, wenn sie erfahren, daß 58 Millionen Pfund Sterling im unerlaubten Handel mit Zigaretten und Valuta verlorengegangen sind.

Große Summen Geldes seien für eine Verwaltung Deutschlands verwendet worden, die nur „Elend über das deutsche Volk und nichts als Schande über die britische Besatzungsmacht“ gebracht habe. Als Grundlage der britischen Politik forderte er eine immer engere Verbindung mit den USA. Churchill appellierte an die Konservativen, seinen Plan für ein vereinigtes Europa zu unterstützen und erklärte, Großbritannien werde mit all seiner Kraft nach der moralischen, kulturellen und politischen Einheit streben, die den verwirrten Kontinent wieder in die Lage versetzen könnte, empor zu kommen.

Befreiungsgesetz - Reform im Länderrat

General Clay sagt Prüfung der Vorschläge zu — Sicherstellung der Lebensmitteltransporte

Stuttgart, 5. August (Dena) Der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, Lucius D. Clay, will, wie der württembergisch-badische Ministerpräsident Dr. Heinrich Maier in der 23. Sitzung des Länderrates bekanntgab, die deutschen Pläne zur Reform des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus bis zur nächsten Länderratssitzung überprüfen. Die Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone, der Bürgermeister der Hansestadt Bremen und der württembergisch-badische Länderratpräsident Wilhelm Keil hatten General Lucius D. Clay in einer internen Besprechung, die am 18. Juli in Heidenheim gehalten wurde, General Clay habe, so führte Dr. Maier aus, den Ministerpräsidenten gegenüber seine Entschlossenheit über die Durchführung des Gesetzes Nr. 104 (Befreiungsgesetz) zum Ausdruck gebracht.

Zur Sicherstellung der Lebensmitteltransporte von den Erzeugern zu den Sammelstellen forderte der General eine scharfe Kontrolle der Transportmittel. General Clay wandte sich anschließend gegen die Äußerungen eines hohen deutschen Beamten, der die vertriebenen Personen als eine Gruppe bezeichnet hatte, die sich nicht in die bestehende Ordnung fügen und für den schwarzen Markt verantwortlich sei. „Wir werden uns niemals über öffentliche Anschuldigungen dieser Art verständigen können oder sie dulden“, sagte der General.

Pressekonferenz mit General Clay

Die Kennkartenlochung — Die Rationierungssätze in Internierungslagern

Stuttgart, 5. August (Dena) In einer Pressekonferenz erklärte General Clay zur Kennkartenlochung: Die Militärregierung könne den Widerwillen derjenigen verstehen, die aktive Gegner der Nazis gewesen seien und durch die Lochung in gewissem Sinne mit anderen Personenkarten gleichgestellt würden. Es sei auf der anderen Seite jedoch die Absicht der Amnestien gewesen, den Amnestierten das Recht der vollen Ausübung ihrer Staatsbürgerrechte zu geben. General Clay betonte ferner, daß die Durchführung der Entnazifizierung unbedingt notwendig sei. Die Militärregierung werde jedoch jederzeit Vorschläge begrüßen, die zur Vereinfachung und schnelleren Abwicklung führen könnten.

General Clay kam dann auf eine Frage eines Pressevertreters hin auf die ange-

General Clay ging dann auf einen Brief des Länderrates ein, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß zu wenig Getreide von der Militärregierung konzentriert geseigelt werden. Der General verlangte, in Zukunft solchen Getreide eine ausführliche Begleitung beizufügen, in der der Wunsch der Einheitlichkeit betont wird. Der General versprach, die abgelehnten Gesetze noch einmal zu prüfen. Der Militärgouverneur forderte ferner, daß die Länderräte der Länder unverzüglich solche Gesetze verabschieden, die geeignet sind, die Verfassungen durchzuführen.

Stuttgart (Dena) Der parlamentarische Rat beim Länderrat debattierte über die Reformpläne zur Änderung des Gesetzes

Französische Kommunisten gegen de Gaulle

Maurice Thorez und Jacques Duclos erwidern

Paris, 5. Aug. (Dena-Reuters) In einer scharf gehaltenen Erwidrung auf die Angriffe, die General de Gaulle am vergangenen Sonntag in seiner Rede in Rennes gegen die Kommunisten gerichtet hatte, beschuldigte der Leiter der französischen Kommunisten, Maurice Thorez, den General, daß er „mit den Schwierigkeiten der internationalen Lage spekuliere“, de Gaulle habe mit der französischen Politik gebrochen, die er selbst befohlen hätte, als er an der Macht war. Thorez beschuldigt de Gaulle des Versuchs, „die Arbeiterklasse und die Kommunistische Partei aus den Reihen der Widerstandsbewegung heraus-

zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus. Er stimmte dem Beschluß des Direktoriums zu, eine Reihe von Gesetzen durch den Länderrat nochmals der amerikanischen Militärregierung mit der Bitte zu überreichen, den Erlass dieser Gesetze konzentriert zu genehmigen. Dabei handelt es sich um die Gesetze über Wirtschaftsprüfer, Bücherrevisoren und Steuerberater, das Verschönerungsgesetz, das Gesetz über die Behandlung wiederkehrender Leistungen bei der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, das Gesetz über Anerkennung freier Ehen rassistischer Verfolger, das Gesetz über die Verwaltung von Personenvereinigungen und die Verordnung des Kriegsendes.

Auch „Prawda“ kritisiert de Gaulle

Moskau, 5. Aug. (Dena-Reuters) Der sowjetische Kommentator Juri Shukow beschuldigt in einem Leitartikel in der „Prawda“ de Gaulle, daß er mit ausländischer Unterstützung eine Diktatur plane. De Gaulle habe einen Kreuzzug gegen die französische kommunistische Partei proklamiert, und es sei bedauerlich, daß er gesagt habe, Frankreich müsse sich an die Spitze derjenigen stellen, die mit der von anderer Seite, besonders von den Vereinigten Staaten, angebotenen Hilfe Europas ein neues Gesicht zu geben wünschen. „Damit hat General de Gaulle“, schreibt Shukow, „seine Karten als offener Agent amerikanischer expansionistischer Kreise auf den Tisch gelegt und seine Dienstleistungen angeboten, deren Ziel es ist, die demokratischen Kräfte Europas zu unterdrücken und die reaktionären Regierungen wieder aufzurichten“.

Ohne Deutschland kein wohlhabendes Europa

London, 5. August (Dena-Reuters) Der konservative „Daily Telegraph“ weist in einem Leitartikel darauf hin, daß wenig Hoffnung auf ein wohlhabendes Europa bestehe, solange nicht Deutschland in die Lage versetzt werde, sich selbst zu erhalten. Das Blatt richtet an die Kontrollmächte die Mahnung, der Verwirrung in Deutschland ein Ende zu setzen und schreibt: Gegen die wirtschaftlichen Übel, wie sie in Deutschland herrschen, kann es nur ein einziges Rezept geben, nämlich, daß die Kontrollmächte der Verwir-

Keine Minderung der Besatzung

Washington, 5. Aug. (Dena-INS) Eine Herabsetzung der amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland wird, wie am Dienstag in der amerikanischen Hauptstadt erklärt wurde, wahrscheinlich erst dann erfolgen, wenn das amerikanische Außenministerium die Verwaltung der US-Besatzungszone vom Kriegsministerium übernommen hat. Die Besprechungen über eine Herabsetzung der Streitkräfte befinden sich erst im Anfangsstadium. Außenminister Marshall soll der Verwaltungsübernahme durch das Außenministerium nicht abgeneigt gegenüberstehen, man werde andererseits vor großen Schwierigkeiten stehen, geeignete Kräfte für diese Aufgabe zu finden.

Neue Gesichtspunkte in der Politik Amerikas

Amerika soll britische Besatzungskosten tragen — Frankreich muß bisherigen Widerstand aufgeben

Paris, 5. August (Dena) Im Verlauf einer größeren Besprechung amerikanischer Diplomaten wurden wie der INS-Korrespondent Kingsbury Smith berichtet, zwei wichtige Punkte über die zukünftige amerikanische Politik gegenüber Deutschland erörtert. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird sofort und für die Zukunft einen Teil der Dollarbesatzungskosten der britischen Zone mitzutragen haben. Dem Bericht zufolge kamen die diplomatischen Vertreter ferner überein, daß Frankreich veranlaßt werden muß, sich mit einer Erhöhung der deutschen Industrieproduktion einverstanden zu erklären, damit die Kohlenproduktion schnellstens gesteigert werden kann.

Der Staatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium William L. Clayton, der an diesen Besprechungen teilnahm, wird diese

beiden Punkte, in denen eine grundsätzliche Einigung erzielt werden soll, der amerikanischen Regierung empfehlen. Großbritannien kann nicht länger die volle Bürde der Dollarbesatzungskosten ihrer Zone tragen. Sir Stafford Cripps der britische Handelsminister hat dies dem amerikanischen Staatssekretär Clayton bei einer Besprechung in Paris zum Kenntnis gebracht.

Sudan verlangt Unabhängigkeit

London, 5. August (Dena-Reuters) Der offizielle Vertreter des sudanesischen „Umma“-Partei in Großbritannien Yssouf Osman appellierte an den Weltführer bei der Krönung des englisch-egyptischen Streitkräftes, die wahrscheinlich am Dienstag bestund, vordiesem Vertreter anzuhören. Die „Umma“-Partei setzt sich für die Unabhängigkeit des Sudan von Großbritannien und Ägypten ein. Seine Partei, sagte Osman, sei entschlossen, das Recht der Sudanesischen auf Unabhängigkeit und Freiheit wiederherzustellen.

Süddeutsche Allgemeine

Veröffentlicht unter Lizenz Nr. US-WB 113. Herausgeber Dr. J. Peter Brandenburg (Verlagsleitung) und Felix Richter (Chefredaktion). Verlag: „Süddeutsche Allgemeine“ Pforzheim. Telefon 2001 und 2002. Druck: Badische Presse, Karlsruhe, Waldstr. 28.

Warum Ermächtigungsgesetz?

Dr. B. Das Innenministerium Württemberg-Baden hat laut NZ vom 28. 7. 47 den Entwurf eines Gesetzes über die Neuwahl der Gemeinderäte, Bürgermeister, Kreistage und Landräte vorgelegt, wonach das Staatsministerium „ermächtigt“ wird, die nötigen Vorschriften für die Durchführung der neuen Wahlen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Die Wahlen der Gemeinderäte vom Januar 1946 bzw. vom 28. 4. und 28. 5. 1946 gelten nur für 2 Jahre. Die gerichtlich verlaufene Wahl, die Wahltermin um längere Zeit hinauszuschieben, wurde offensichtlich fallen gelassen. Das vorgesehene Programm sieht Gemeinderatswahlen für den 7. 12. 1947 vor. Die Bürgermeisterwahlen, die jetzt durch direkte Volkswahl erfolgen sollen, sind für die Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern in einer gestaffelten Reihenfolge für die Zeit vom 4. 1.—28. 3. 1948 geplant, für die größeren Gemeinden in der Zeit vom 1. 1.—30. 6. 1948. Die Wahlen zu den Kreistagen sollen am 25. 4. 1948 stattfinden, die Wahl der Landräte in der Zeit vom 16. 5. bis Ende Juli 1948. Auch bei den Wahlen der Landräte ist ein gestaffeltes Programm vorgesehen, so daß jeweils an einem Wahltag höchstens in 3 Landkreisen gewählt wird.

Der Landtag hat vor einiger Zeit den Entwurf einer Gemeindeordnung für Nordbaden abgelehnt und beschlossen, daß eine gemeinsame Gemeindeordnung für das gesamte Staatsgebiet ausgearbeitet wird. Unseres Wissens liegt bereits ein vom Städteverband ausgearbeiteter Entwurf vor. Es erhebt sich die Frage, ob es richtig ist, die Form eines Ermächtigungsgesetzes für die Durchführung derart grundlegender Wahlen mit langen Wahlperioden — für die Oberbürgermeister z. B. zwölf Jahre — zu wählen, anstatt die Wahlen auf Grund einer vom Landtag beschlossenen Gemeindeordnung vorzunehmen. Weiter wird zu klären sein, ob in den beiden Landesteilen Württemberg und Baden auch künftighin nach einem unterschiedlichen Wahlrecht gewählt werden soll, oder ob man etwa dazu übergeht, das württembergische Personenwahlrecht in Baden einzuführen oder allgemein an Hand von gebundenen Listen zu wählen, wobei wir dem württembergischen System den Vorzug zu geben geneigt sind. Daß die Wahlen der Bürgermeister und Oberbürgermeister direkt durch das Volk erfolgen, erscheint uns als Fortschritt und Gewinn. Offensichtlich ist jedoch für die Wahl der Landräte keine direkte Wahl, sondern indirekte Wahl durch den Kreistag vorgesehen. Der Grund hierfür ist nicht einzusehen. Für die Wahl des Landrats sollte das gleiche Prinzip wie für die Wahl eines Oberbürgermeisters gelten, nämlich die Volkswahl.

Ebenso unklar ist die Frage der Größe und Form der Gemeindever-

treterung. Im Landtag wurde vor allen Dingen von badischer Seite für die Wiedereinführung der Bürgerausschüsse, also des Zwei-Kammer-Systems, plädiert, während württembergische Stimmen sich hiergegen wandten. Wir sind der Auffassung, daß man auf das Zwei-Kammer-System verzichten könnte, daß man dagegen die Anzahl der Gemeinderäte in den badischen Gemeinden vergrößern sollte, um eine breitere Basis der Volksvertretung zu gewährleisten. Die im Landesteil Württemberg gesammelten Erfahrungen sind nicht von der Hand zu weisen.

Die politischen Parteien, die ja Träger aller durchzuführenden politischen Wahlen sind, werden vor diesem ausgedehnten Programm etwas zurückschrecken. Es wird sich bei ihnen die Frage erheben, ob sie imstande sind, die Gemeinderatswahlen für den Termin Anfang Dezember genügend vorzubereiten. Gerade diese Wahlen erfordern eine individuelle Kleinarbeit in den einzelnen Gemeinden. Sofern man jedoch an diesem Termin festhält, wird man zumindest das übrige sehr ausgedehnte Programm auf einen wesentlich kürzeren Zeitraum zusammenfassen müssen, denn weder die politischen Parteien noch die sonstige an der Wahl beteiligten Stellen werden es sich leisten können, Monate hindurch Sonntag für Sonntag Wahlen vorzubereiten und wahrzunehmen. Es sei nur am Rande an die erheblichen Kosten für die Wahlpropaganda usw. erinnert, die kaum eine Partei aufzubringen in der Lage sein dürfte.

Die kommenden Wahlen stellen nach den bisherigen Provisorien eine Neuordnung auf lange Jahre hinaus dar und müssen deshalb besonders sorgfältig vorbereitet und durchgeführt werden. Die Männer und Frauen, die in die Gemeinderäte und an die Spitze der Kreis- und Gemeindeverwaltungen gewählt werden, haben in den vor ihnen liegenden Wahlperioden schwere und grundsätzliche Aufgaben zu bewältigen und sollten nur aus Wahlen hervorgehen, die auf einer vom Landtag beratenen und beschlossenen Gemeindeordnung beruhen. Es wäre falsch, die Dinge übers Knie brechen zu wollen. Der Landtag dürfte sich eher bereit erklären, die jetzige Wahlperiode um ein wenig zu verlängern, um eine neue Gemeindeordnung in Kraft zu setzen. Es darf nicht übersehen werden, daß das Wohl und Wehe des Bürgers in erster Linie von einer gut besetzten Gemeinde- und Kreisverwaltung abhängt. Mit diesen Verwaltungen kommt er täglich in Berührung, hat täglich mit ihnen seine Wünsche und Sorgen zu behandeln und darf deshalb verlangen, daß die Besten aus den Wahlen hervorgehen.

„Hoch kein Ende“

Von Werner Wilfried Koch

„Kommt es denn überhaupt auf mich an?“ höre ich da. — „Bin ich berufen?“ fragt du. — „Ihr Menschen! Nein! Leichter ist es, zu sagen: „Nicht auf mich kommt es an!“ als zu sagen: „Auf mich kommt es an!“

Fritz von Unruh.

Nein, wir haben ihn nicht vergessen. Wir haben ihn gerufen (wie viele haben wir gerufen?) — und er wird kommen (wieviele kommen denn?)

Vor mir liegen zwei Briefe Fritz von Unruhs. Ich hatte ihm geschrieben, ihm die Aufgabe und die Gefahr zeigen wollen. Aber für ihn existiert nichts denn die Aufgabe. „Sehen Sie“, so schreibt jener frühe Kämpfer des anderen Deutschlands. „Ihr Ruf ist nicht vergeblich. Er weckt in mir Kräfte. Und diese Kräfte der Seele will ich zum Zeichen eines neuen Bundes machen für alle, die Scham und Reue fühlen — für alle, die aber auch gelöst sind, dem Chaos ein Ende zu machen!“

Dreizehn Jahre sah Unruh Deutschland nicht mehr. Bittere Jahre, Jahre, in denen man sein Werk und seinen Namen aus deutschen Bibliotheken, Büchern und Presse ausmerzte. Ja, Göring ließ sogar seinen „Louis Ferdinand“ vom Repertoire streichen und einen neuen „Louis Ferdinand“ schreiben.

„In dem allerersten Zeile unseres Wissens beginnt das Nein! zum Bösen. Das Ja! zum Guten. In beiden Entscheidungen — dem Ja! oder dem Nein! — sind Kräfte in Bewegung gesetzt, gewaltig als Atomkräfte. — Bis dato beherrscht das Nein die Welt — in uns ist es, das Ja zum Bewegen der Zukunft zu machen.“

Deutschland ist wieder in seiner Stunde der Versuchung. Findet es die Getreuekraft zum „Siehe Dich weg von mir!“

wenn Satanas flüstert, dann hat es seine eigene Wesenskraft wiedergefunden. Das Luthersche Tintenfaß auf der Wartburg ist in dieser Weltkunde unser Symbol. — Also bleiben Sie auf der Wacht! Verlassen Sie nicht den Posten! Und wenn ich komme, so werden wir alle sammeln, die bereit sind zum „Siehe Dich weg!“

Mit dem zweiten Brief kam die Nachricht eines neuen Buches Unruhs. „The end is not yet“ (erschienen vor 1 Woche in New York). Unruh hatte bisher nichts publiziert im Exil. Manuskripte gingen verloren, wurden vernichtet, liegen noch zum Teil in Frankreich (seinem ersten Exil bis zur Besetzung. Danach Konzentrationslager, dann Flucht nach den USA). Das neue Werk setzt sich mit der nationalistischen Herausforderung des Christentums auseinander. Ein Buch — vergleichbar mit Dantes „Inferno“. Jede Zeile schmerzt. Vor Keel, Scham, vor Schauer. Aber noch mehr: Ein Deutscher — vertrieben — schreibt sein erstes Werk nach dem Kriege. Er schreibt es für uns — und — er schreibt englisch. Aus jeder Zeile redet der Deutsche, spricht der Geist eines Immanuel Kant, eines Goethe — und dennoch muß er uns sein Innerstes sagbar machen in einer fremden Sprache.

Der Held des Romans Uhu ist Unruh selbst. Als er das Schlachtfeld von Verdun besucht, rettet er aus der Hand eines wahnwitzigen Militärs einen verwundeten deutschen Soldaten, der über 28 Jahre in einem Gefängnis gehalten wurde. Uhu bringt ihn — zusammen mit dem Torso einer Heiligfigur von Christi — nach Paris. Dort beginnt seine Opposition gegen Hitler. Uhu ist wieder einmal — wie alle Unruh'schen Gestalten — ein Mensch, der ringt, ein Heiliger zu werden.

Kleinere Episoden sind von solcher grausigen Brutalität, daß alle bisherigen Unruh'schen Schillerungen dagegen verblassen.

Der Bürokratismus feiert Triumphe

D. W.H. Die Gefahr einer nationalsozialistischen Weltkrieger ist endgültig behoben. Statt ihrer erhebt sich eine andere, ebenso gefährliche Macht ihr Haupt: der Bürokratismus. Begünstigt wurde sein Erstarken durch den eben beendeten Krieg. Jeder Staat sah sich gezwungen, den totalen Kriegsanstrengungen Hitlers eine gleiche totale Mobilisation seiner letzten Reserven entgegenzustellen. Dies konnte aber nur durch verstärkte Wirtschaftlenkung erreicht werden. Die Bürokratie feierte Triumphe, sie droht, das europäische Wirtschaftsleben zu erdrücken. Folgende beiden Beispiele — aus einer Vielzahl herausgegriffen — mögen als Beispiel dienen. Sie sprechen eine deutliche Sprache.

Seit dem 8. April dieses Jahres ist das neue deutsche Ausführungsverfahren in der britisch-amerikanischen Zone in Kraft getreten. Damit nimmt an Stelle der Regierungsgeschäfte wieder das Individualgeschäft seinen Platz ein. Dies würde gewiss einen Fortschritt bedeuten, wenn Aber: 46 Formulare neu verschiedenster Art und Weise bilden für das Ingangkommen eines derartigen Exportgeschäftes die absolut notwendige Grundlage. Hat der deutsche Exporteur es fertig gebracht, einen Interessenten für seine Ware im Ausland zu finden, beginnt für ihn erst die „eigentliche Arbeit“. An acht verschiedene Stellen (1. Zweigstelle der Jela, 2. Außenhandelskontor des zuständigen Wirtschaftsministeriums, 3. Zollamt, 4. Bank des Exporteurs, 5. die M.G. (Military Government) Joint Foreign Exchange Agency, 6. die M.G. Finance Division H.Q. CCG, Berlin BAOR, 7. Landesprüfungsbehörde und 8. die von der Militärregierung im Ausland bestimmte Zentralbank) muß er erst 1. ein Antragsformular plus neun Kopien für die eigenen Akten = insgesamt 48 Formulare (nämlich: 1. den Exportantrag zweifach, 2. den Ausfuhrvertrag zweifach, 3. die Ausfuhrlizenz fünfzigfach, 4. die Rechnung fünfzigfach, 5. die Versandmeldung Teil I einfach, 6. die statistische Ausfuhrmeldung einfach, 7. den internationalen Frachttarif vierfach, 8. die Ausfuhrzahlungsbescheinigung fünfzigfach, 9. das Akkreditiv fünfzigfach) einreichen. Doch so „glatt“, wie es sich hier liest, läuft das Exportgeschäft in Wirklichkeit noch lange nicht ab. Zusätzlich sind noch 1. ein ausfuhrfähiger Ausfuhrvertrag (in zwei Sprachen = vier Formulare) zu

schließen und 2. ein — wie es so passend heißt — „formloser“ Exportantrag (je zweifach in deutsch und englisch = vier Formulare), der trotz seiner „Formlosigkeit“ in genau vorgeschriebenen Angaben enthalten muß, zu stellen.

In diesem Zusammenhang ein anderer Fall. In Freiburg (Brig.) befindet sich die „Badische Landesexporteure“ („BIGA“). Interessierte Kaufleute des Nachbarlandes, der Schweiz, waren durch das badische Wirtschaftsministerium mit Genehmigung der französischen Militärregierung in Baden-Baden (denn ohne Genehmigung ist ein solcher Schritt ungenutzbar) freundlich zum Besuch aufgefordert und eingeladen. Ein amtlicher Ausstellungsausschuss für die zuständige Handelskammer des schweizer Besuchers wurde zugleich damit übersandt. Auf diesem Papier stand zu lesen: „Den Besuchern aus der Schweiz wird das Visum im Reisepaß durch die französische Gesandtschaft in Bern erteilt. Mehrere Schweizer machten sich daraufhin nach Bern auf den Weg, um sich das Visum dort zu besorgen. Die französische Gesandtschaft jedoch erklärte sich für nicht zuständig und verwies die noch immer reiselustigen Schweizer zur französischen Visumstelle in einer anderen Straße. Dort wurden den Wartenden Formulare verkauft (das Stück 1 Fr.). Nach weiterem geduldigen Warten wurde plötzlich erklärt, die Formulare wären nicht notwendig, das Geld aber würde nicht zurückerstattet. Vielmehr sei für die Visa der „Badischen Landesexporteure“ das „Bureau des Permis Militaires“ unter einer dritten Adresse zuständig. Erschöpft, doch immer noch hoffnungsvoll dort angekommen, erfuhren die Schweizer Ausstellungsbesucher, daß „man“ kein Interesse habe, Schweizer nach Deutschland zu lassen. Ein weiterer Tag einschließlicher Unkosten war das Ergebnis dieser Fahrt. Die „BIGA“ haben diese Schweizer nie zu sehen bekommen. So zu lesen in der schweizer Zeitung „Die Tat“ vom 25. Mai 1947.

Es bedarf keines besonderen Hinweises auf die völlige Sinnlosigkeit solcher bürokratischen Exzesse, die leider — jeder Mann der Wirtschaftspraxis wird das bestätigen — heute zu einer Regel geworden sind. Hier wird zum größten Schaden der Wirtschaft und damit des ganzen Volkes ein gesundes und notwendiges Prinzip einer gewissen notwendigen Überprüfung des Wirtschaftsablaufes in sein Gegenteil verkehrt, unwirksam gemacht und dadurch aufs schwerste diskreditiert.

Deutschland-Rundschau

Verletzte Westzonen

Düsseldorf, (Dena) Insgesamt 2496 Tonnen Schutt aus Uebersee, die für Nordrhein-Westfalen bestimmt sind, trafen im Laufe der vergangenen Woche nach Mitteilung des Ernährungministeriums von NRW in Hamburg ein.

Kassel, (Dena) Gegen eine Reihe in Untersuchungshaft befindlicher Personen, die im Verdacht stehen, an Butter-schiebungen großen Umfangs in den Jahren 1946 und 1946 beteiligt gewesen zu sein, wurde Anklage erhoben. Nach einem vorliegenden Revisionsbericht wurde bei der Molkeriegenossenschaft Schwabe, bei der die Beklagten beschäftigt waren, zum Beispiel allein im Jahre 1946 ein Fehlbestand von 8231 Kilo Butter festgestellt. Auch bei einer Reihe dortiger Milchgeschäfte stellten sich Fehlbestände heraus.

Berlin, (Dena) Der Berliner Magistrat beschloß in seiner Montagssitzung die Einrichtung einer Berliner Oberschule für Berufstätige. Ferner wurde für die Instandsetzung der pädagogischen Hochschule ein Betrag von 8100 RM festgelegt. Der Magistrat genehmigte die Errichtung eines städtischen Altersheims.

Bamberg, 3. Aug. (Dena) Der WAV-Abgeordnete Julius Höllner bezeichnete in einer Versammlung auf dem Bamberger Domplatz den Personenkreis, von

dem die Anschuldigungen gegen Alfred Lortz ausgehen, als „nach dem Osten orientiert“. Es seien auch Leute darunter, die mit der Organisation „Freies Deutschland“ eng liiert sind.

Französische Zone

Baden-Baden, (Dena) Zwischen der französischen Besatzungszone Deutschlands und Norwegen wurde hier laut AFP ein Handelsvertrag unterzeichnet.

Mainz, (Dena) Eine Pressemeldung nach der in Mainz bei Mainz eine nationale Untergrundbewegung aufgedeckt worden ist, wobei 26 Mitglieder der Organisation verhaftet worden sein sollen, entbehrt, nach Mitteilung der französischen Militärregierung für den Regierungsbezirk Rheinbesen, jeglicher Grundlage.

Sowjet-Zone

Halle, (Dena) Die drei antifaschistischen Parteien der Sowjetzone, die CDU, LD und SED, haben nach Mitteilung des „Werbekreis Paulskirche“ das Gedächtnis und die Lütemaschine für die Frankfurter Paulskirche gestiftet, in der nach der Wiedererrichtung im Mai 1948 der 100. Jahrestag des Zusammenstehens der ersten deutschen Nationalversammlung gefeiert werden soll. Die Glocken für die Paulskirche werden von der Evangelischen Landeskirche in Thüringen gestiftet und bei der Firma Schilling in Apolda gegossen.

Die Lösung? Sie fehlt. Es bleibt — wie im „Opfergang“, wie im „Geschlecht“ — die alte Hoffnung, neu geboren aus diesem Erleben, daß die Menschheit doch noch den Weg findet zu Güte und Menschlichkeit.

Das alles ist keine Tragödie. Neben der brutalen Offenheit spricht eine Anmut aus diesem Buche, wie eine verlassene Rose im blutroten Schlachtfeld.

Besuch bei Else Bach

Zu der verhältnismäßig kleinen Zahl von Bildhauerinnen badischer Provenienz, die ihr Künstlerium während der Tyrannis nicht in gedankenloser Willfährigkeit aus Hakenkreuz rohet Entmenschung nageln ließen, gehört die in Pforzheim wirkende, um die Jahrhundertwende in Heidelberg geborene Tierplastikerin Else Bach.

Sie hat dem „Zeitgeist“ der 12 Jahre keine Konzessionen gemacht. Eine künstlerische „Staatsraison“, die sich in Hoheliedern, 117-Trommeln, Salsotrompeten und der öden Denkmälerei nationalistischen Hinterwäldlertums erschöpft, war nicht nach ihren Geschmack. Damals Büchse sie in die Idylle, die unpolitische Provinz edelsten Menschentums, dessen zarte Struktur sich zu schwach fühlte, um den physischen Kampf gegen die offizielle Barbarei aufzunehmen. Damals, als sie wie wir alle an der Vernunft des Menschen, der sich und sein Werk der Vernichtung preisgab, verzweifeln mußte, entdeckte sie das Tier. Seine unschuldige Seelenhaftigkeit ließ Else Bach die Grusel der Gegenwart vergessen. Dennoch waren ihr die Kunstinquisitionen auf der Spur, deren inappetibler Banntisch sie schließlich getroffen hätte, wäre dem Treiben der braunen Kunstpolitiker von außen her kein Riegel vorgeschoben worden.

Else Bach ist Künstlerin. Zu deren Pflichten gehört es nicht, profane Politi-

tik zu treiben, trotzdem weiß auch diese Bildhauerin, daß in jeder künstlerischen Haltung zugleich eine politische latent ist, die zur Gestaltung drängt. Den Standpunkt des „reinen“ Ästhetens, der glaubt, sich wie Richard Wagner „unter der Politik wegstehlen“ zu können, teilt sie nicht.

Wer Else Bachs geräumiges, von Mappen, Bildern und differenzierter Belletristik fast überfülltes Atelier betritt, verspürt es gleich, daß man es bei dieser Frau mit einer Künstlerin von hohem Range zu tun hat. Von einer bezaubernden Musikalität sticht die Empfindung für alles Kreatürliche, ob Mensch ob Tier, sind ihre Arbeiten getragen. Klassische Ruhe strahlen ihre Figuren aus, deren vornehmste Haltung das Auge des Betrachters besticht. Solche Plastik bedeutet verstofflichte Bewegung, die Form wird ihr so rhythmisch-beschwingen Materie, die funktionelle Dynamik wiederum zur plastischen Inkarnation.

Else Bachs schöpferischer Formwille stößt die Grenzen ihres Gestaltungsvermögens immer weiter hinaus. Von der pastoralen Idylle eines in sich verschlossenen Entleerens bis zur erhabenen Härte der „Barbara“ reicht die Spannweite ihres Talents. Sie weiß uns die Lipsitzer der spanischen Hofreitschule in ihrer beherrschten Grandezza ebenso anschaulich zu machen, wie die losgebändigte Vehemenz einer Jagdhundgruppe. Ihre Porträtskizzen sind von einem tiefen psychologischen Wissen um das Wesen des Modells besetzt.

Eine bewundernswürdige Formengedächtnis ersetzt der Künstlerin Stoff und Zeichenholz. Von jüngsten Bionkäthen bis zum furchtgebietenden Panther reicht der Bezirk dieser plastischen Manier. An E. T. A. Hoffmann'schen Romanismen erinnern ihre schlaffen Katzen, in deren Gestaltung auch die humoristische Komponente von der Be-

Waldstraße 28

Unter dieser Anschrift sind wir zu erreichen; auch für die KPD-Karlsruhe. In den „B.N.N.“ vom Dienstag bringt sie eine Entgegnung auf unsere satyrisch-kritischen Bemerkungen über die Versammlung der KPD mit Abgeordneten Schöpfelin als Redner. Wir hätten selbstverständlich die Entgegnung ebenfalls gebracht, da auch unser Blatt Jedermann zu sachlicher Meinungsäußerung zur Verfügung steht. Die Leser der „B.N.N.“ werden wohl, soweit sie unseren Artikel nicht kennen, mit der Polemik der KPD gegen uns nichts rechtes anzufangen wissen. Soweit die Entgegnung der KPD sich in persönlichen Angriffen auf unser Redaktionsmitglied H. Winter ergeht, lehnen wir eine Stellungnahme und Erwiderung ab. An Sachlichem zitieren wir aus dem KPD-Artikel folgendes:

„Georg Schöpfelin war vor 1933 ein verbissener Antikommunist, er war auch der Verteidiger militärischer Postulate innerhalb der Sozialdemokratie. Für eine friedliche Entwicklung Deutschlands nach den Lehren zweier furchtbarer Weltkriege scheint es uns immerhin positiver, wenn ein alter Sozialistenführer aus zwölf bitteren Jahren faschistischer Diktatur gelernt hat. Immerhin stand der ehemalige Chefredakteur des „Volksfreund“ mit seiner Reichwehrrhetorik nicht allein, denn außerhalb der sozialistischen Jugend gab es damals wenig Vernunft und Voraussicht über den Weg in den braunen Abgrund. Nur haben die anderen Überlebenden des „schöpferischen Militarismus“ kaum Konsequenzen aus der Vergangenheit gezogen.“

Wir begnügen uns mit diesem Auszug aus der Erwiderung der KPD. Was die weiteren Bemerkungen über die Lizenzpresse betrifft, so überlassen wir das Urteil hierüber unserer Leserschaft, wenn sie unsere weitere Arbeit kennen gelernt haben wird. Die Redaktion.

Meißener „politisch“

Dr. B. — Meißener verdankt seinen Weltreife kaum seiner schönen Lage im Elbetal, auch nicht seinen Sehenswürdigkeiten, sondern seinem Porzellan, eben dem „Meißener“. Der einigermaßen Bewanderte braucht nur die beiden gekreuzten Schwerter auf der Unterseite zu sehen, um sofort zu sagen: Das ist Meißener.

Kenner und Nichtkenner müssen unlernen, denn das Meißener trägt nicht mehr sein sehr alt gewordenes und traditionsbeladenes Zeichen, sondern — wie Dena berichtet — das sowjetische Hammer- und Sichelssymbol. Was ist geschehen? Wir wissen es in Einzelheiten leider nicht, können aber und müssen aber vermuten, auf Grund anderer Vorgänge in der Wirtschaft der Ostzone. Die Meißener Manufaktur hat anscheinend einen Besitzwechsel erlebt, der offensichtlich nicht zugunsten der deutschen Wirtschaft vor sich ging. Wir sehen mit Bedauern, daß nicht nur mit Demolagen und Verbringen von Spezialkräften gearbeitet wird, sondern Durchdringung und Besitzergreifung auf deutschem Boden selbst.

Es geht nicht so sehr um das Meißener Porzellan, es geht um die Methode und das Prinzip, nach denen man exportwichtige Zweige unserer Wirtschaft uns entwindet. Unsere Ausgebombten und Flüchtlinge werden noch lange Jahre froh sein um einfacheres Geschick, es geht nur — wie gesagt — um einen Substanzverlust nach dem anderen.

gabung der Künstlerin zum Ausdruck kommt. Eine posteriore Jungbärengruppe spricht den Betrachter aus besonders an. Eine zehnfache Vergrößerung davon sollte das neue Pforzheim auf den Sockel einer seiner schönsten öffentlichen Anlagen stellen.

Viele Werke der Künstlerin haben ihren Weg schon in die weite Welt angetreten.

Es ist verwunderlich, daß diese Künstlerin nach einem bewunderlichen, doch von Erfolg gekrönten Aufstieg, letzten Endes die internationale Anerkennung nicht voranzubringen konnte. Aus der großen Pariser Weltausstellung im Jahre 1938 ging sie als Grand-Prix-Preisträgerin hervor.

Auch die engere Heimat beginnt es immer mehr zu würdigen und zu schätzen. In der Bildhauerin Else Bach eine Künstlerin von hohem Form zu besitzen, von der wir noch manche bedeutsame Schöpfung erwarten dürfen.

Helmut Klasing.

Schlag im Süden nach. Der ehemalige Schüler Gymnasialdirektor Konrad Duden, dessen Todestag am 1. August sich zum 36. Mal jährte, hätte wohl selber nie daran gedacht, wie ungeheure Verbreitung seine Zusammenstellung aller in der deutschen Sprache gebräuchlichen Wörter finden würden. 1874 wurde er Gymnasialdirektor in Herfeld und vertrat als Teilnehmer der orthographischen Konferenz eines maßvollen aber entschiedenen Standpunkts. 1880 veröffentlichte er sein Orthographisches Wörterbuch der deutschen Sprache, 1880 gab er die Rechtschreibung der Buchdruckereien in deutscher Sprache heraus und 1885 verschmolzen sich beide Bücher zu dem heutigen „Duden“. Konrad Duden ist im Alter von 87 Jahren am 1. August 1911 in Wiesbaden-Sonnenberg gestorben. H.W.H.

Gerüchte ...

Das Wort „Gerücht“ scheint von „riechen“ abgeleitet zu sein. Ich stelle mir das so vor, daß in grauer Vorzeit, als die Verbrecher noch nicht mit solcher Raffinesse und die Kriminalpolizisten noch nicht mit wissenschaftlich fundierten Methoden arbeiteten wie heute, beispielsweise ein Mord dadurch entdeckt wurde, daß er „riechbar“ wurde. Mit der Zeit wurde dann alles, was irgend ein vorwitziger Naseweis irgendwo entfernt gerochen und zu einer Geschichte ausgestaltet hatte, „Gerücht“ genannt. Wie gesagt, so stelle ich mir das vor.

Nun, es scheint zur Zeit allerorts viel zu — duften, gemessen an dem, was gerochen wird. Wir sind in dieser Beziehung allzu Mannigfaltiges gewohnt, um uns aus der Ruhe bringen zu lassen. Aber wenn die Sache anfängt, zum Himmel zu stinken ...!

Nachdem schon vor einigen Wochen an verschiedenen Stellen der Stadt Plakate gelesen wurden — Plakate, die nach amtlicher Information nie und nirgends angeschlagen worden sind —, denen zufolge für die Ergreifung eines Massenmörders Belohnungen ausgesetzt wurden, kamen nun neuerdings etliche aufgeregte, jugendliche Besucher zu uns in die Redaktion. Einige wurden im Hardtwald von großen schwarzen Hunden verfolgt (demgegenüber steht ein auf die andere Quelle, wonach ein schwarzer Riesenschwauzer nicht etwa verfolgt habe, sondern verfolgt worden sei, und zwar von Leuten, die am nächsten Tag 7 Pfund bestes „Ami-Fett“ dem Schwarzen Markt zukommen ließen); andere entgingen nur mit knapper Not Männern mit Eisenstangen und Messern.

Bis hierher war die Angelegenheit ja nun noch einigermaßen erträglich. Als die Erzählungen aber so blutrünstig wurden, daß einige sensible Redaktionsmitglieder um Urlaub eingaben, gingen wir der Sache auf den Grund und sind erfreulicherweise in der Lage, weitere empfindsame Gemüter vor gesundheitlichen Schäden zu bewahren: Die Polizei hat alle diese Gerüchte untersucht und festgestellt, daß kein wahres Wort an ihnen ist. H.H.

Das Städtische Wirtschaftsamt und seine Sorgen

Vom Städt. Wirtschaftsamt gingen uns einige Ausführungen zu, die zur Verständigung und Aufklärung der Bevölkerung dienen sollen, und die wir daher nachstehend zur Diskussion stellen. Die Red.

Ein Wirtschaftsamt ist eine denkbar unbeliebte Institution. Bei jeder Schwarzhandelsaffäre, jedem Polizeizeit- oder Gerichtsbericht über beschlagnahmte Hamsterware, festgenommene oder verurteilte Schieber etc. wird vom Publikum die Frage diskutiert, woher denn diese Herren ihre Bestände beziehen. Und da man einen Sünderbock braucht, glaubt man im Wirtschaftsamt einen Blitsableiter gefunden zu haben: Da kann man nach Herzenslust schimpfen, über den heiligen Bürokratismus, Papierverschwendung, den Amtsschimmel, über Unzulänglichkeiten und über weiß Gott noch alles. In Wirklichkeit haben jedoch die meisten Menschen überhaupt keine Ahnung von der eigentlichen Zuständigkeit und damit der Verantwortlichkeit dieses Amtes. Sagen wir es daher einmal ganz klar: Das Städt. Wirtschaftsamt verteilt, was ihm selbst zugeteilt wird. Und was man nicht hat, kann man schließlich auch nicht geben. Der Gang der Dinge ist nämlich folgender:

Die Ware wird in der Fabrik erzeugt. Die Erzeuger stehen unter der Kontrolle der — den städt. Wirtschaftsämtern vorgesetzten — Wirtschaftsministerien bzw. Landeswirtschaftsämter, die dort die produzierte Ware erfassen und lenken, d. h. den städt. Wirtschaftsämtern in den für ihren Verbraucherkreis zugeschnittenen Mengen zuteilen. Parallel hierzu läuft die Lieferung des Produzenten, der Fabrik also, an die Einzelhandelsfirmen, die wiederum periodisch ihren Wareneingang dem zuständigen Städt. Wirtschaftsamt melden. Dieses geht seinerseits bei der Ausgabe der Bezugsberechtigungen an die Bevölkerung von jenen gemeldeten Beständen und Kontingenten aus. Daß dabei von den Firmen ein gewisses Maß an Ehrlichkeit vorausgesetzt werden muß, ist klar; aber irgendwo muß ja die Grenze des Vertrauens beginnen. Auf der anderen Seite sind gerade neuerdings wieder durch Kontroll-

ratsgesetz Nr. 50, für Falschmeldungen, Vergehen gegen die Zwangsbewirtschaftung und dunkle Kompensationsgeschäfte sehr schwere Zuchthaus- und Geldstrafen festgesetzt. Jeder Geschäftsmann muß sich also darüber im klaren sein, daß er mit einem einzigen verbotenen Geschäft seine ganze Existenz vernichten kann.

Nun ist es möglich, daß nicht für jeden ausgegebenen Bezugsschein eine Deckung vorhanden ist. Die Bezugsberechtigungen haben nämlich in der gesamten amerikanischen Zone Gültigkeit, und vor allem der Zustrom der Landbevölkerung in die Stadt zur Einlösung ihrer Bezugsscheine und Punktmarken nimmt der städtischen Bevölkerung die Ware weg, zumal aus durchsichtigen Gründen sehr oft der von außerhalb kommende Käufer dem einheimischen vorgezogen wird. Befällt man sich mit der Frage,

wie die Tausch- und Schwarzhändler zu ihren diversen Handelsobjekten kommen, dann muß man bedenken, daß beim Zusammenbruch sehr viel Ware verlagert war, die später vielfach der Erfassung entzogen wurde und inzwischen vermöglicherweise in den Schwarzhandel abgeflissen ist. Daneben fällt weiterhin ins Gewicht, daß eine hundertprozentige Erfassung der Produktion kaum durchführbar ist. Auch hier besteht also die Möglichkeit des Abfließens in den Schwarzen oder Grauen Markt (Kompensation). So könnte man noch etliche Beispiele anführen, es soll aber hiermit sein Bewenden haben.

Abschließend kommen wir zu der Feststellung, daß die Bevölkerung sich nicht an das Wirtschaftsamt, sondern an andere Stellen halten muß, wenn sie Schuldinge für die heutige schwere Versorgungslage sucht. R.N.

Der Spruch der Kammer lautet:

Die Spruchkammer II unter dem Vorsitz von Dr. Bernheim verhandelte am 4. August gegen den Oberlandesgerichtsrat a. D. Wilhelm Kall. Kall gehörte von 1932 bis 1945 der NSDAP an und hatte das Amt eines Kreisrechtsamtsleiters inne. Wie schriftliche Zeugenaussagen jedoch ergaben, hatte K. während seiner Amtszeit als Oberstaatsanwalt unparteilich Recht gesprochen und sich nicht der nationalsozialistischen Justiz unterworfen. Sein Amt als Kreisrechtsamtsleiter bezeichnete er lediglich als repräsentativer Art. Die Kammer reichte ihn in die Gruppe der Minderbelasteten ein mit zwei Jahren Bewährung und 400 RM Vermögensabgabe.

In der Sitzung der Spruchkammer I unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Essmann am 5. 8. wurde gegen 3 von Öffentlichen Klägern in Gruppe I eingestuft verhandelt. Bezirksdirektor Josef Jung aus Karlsruhe war von 1932 bis 1935 Mitglied der NSDAP, außerdem gehörte er der Hitler-SS als förderndes Mitglied von 1937 bis 1939 an. In der Partei bekleidete er das Amt eines Kreispersonalamtsleiters. Der Öffentliche Kläger beantragte Einreihung in die Gruppe der Hauptschuldigen. Die Beweise ergaben jedoch, daß sich J. nicht politisch betätigt und Reden nur auf Befehl ohne jede politische Tendenz gehalten hatte. Der Spruch der Kammer lautet: 1/2 Jahre Arbeitslager und 30 Prozent Vermögensabgabe.

Fritz Zimmermann aus Durlach, Besitzer der Löwenapotheke, war Mitglied der Allg. SS von 1933 bis 1945 und der NSDAP von 1937 bis 1945. Z. wurde 1939 zum Obersturmführer befördert und als solcher im Sanitätsabschnitt XIX eingesetzt. Er konnte jedoch nachweisen, daß seine Beförderung nur im Zusammenhang mit seinem Zivilberuf erfolgte. Mildernd wurde berücksichtigt, daß Z. 1933 von seinem jüdischen Chef die Apotheke übernahm und auch weiterhin freundschaftliche Beziehungen zu ihm unterhielt. Außerdem nahm er während des Krieges einen rassistisch verfolgten in seine Wohngemeinschaft auf und ließ ihm alle erdenkliche Hilfe zukommen. Die Kammer reichte ihn in die Gruppe der Minderbelasteten ein mit 2 Jahren Bewährung und 16 Prozent Vermögensabgabe für den Wiedergutmachungsfonds. Der Zahnarzt Dr. Reinhold Stein stand unter der Anklage, durch seine Stellung in der SA die Gewaltpolitik des Nationalsozialismus gefördert zu haben. Er gehörte folgenden Organisationen an: Von 1935 bis 1946 der NSDAP, 1932 bis 1933 der SA im Range eines Sturmbannführ-

ers; außerdem war er 1. Vorstand des Reichskrieglerbundes und nominales Mitglied der NSV. St. war Träger des goldenen Parteiabzeichens, der bronzenen und silbernen Dienstauszeichnung und des silbernen Gedenkabzeichens. Zu seiner Verteidigung führte der Angeklagte an, daß er nach der Röm-Revolution aus der SA ausgetreten sei und die Methoden der Nazis schon damals ablehnte. Er habe sich während der ganzen Jahre bemüht, Gewaltmaßnahmen der Parteiführung zu verhindern und alle Härten gegenüber Andersdenkenden abzuschwächen. Er hat u. a., wie aus Zeugenaussagen eindeutig hervorging, während des Krieges Ausländer in seiner Praxis ruhmverdienend behandelt und mehrere jüdische Frauen vor ihrer Einlieferung ins KZ bewahrt. Die Behörden und politischen Parteien Weimars stellten dem Betroffenen ebenfalls ein gutes Zeugnis aus. Die Kammer reichte ihn daher in die Gruppe der Minderbelasteten ein mit 3 Jahren Bewährung und 30 Prozent Vermögensabgabe zugunsten der Wiedergutmachung. Jo.

Unverantwortliche Fahrlässigkeit eines Arztes

Wie wir bereits berichteten, wurde Prof. Dr. Philipp Bambergert, der Leiter der Akademischen Kinderklinik in Heidelberg, mit Wirkung vom 11. Juli ohne Pension entlassen. Wie demnächst dazu mitteilt, wurde auch Dr. Arthur Seferin, der Oberarzt der gleichen Klinik seines Amtes entbunden.

Die Entlassung der beiden Ärzte erfolgte auf Grund von Vorfällen Ende des Jahres 1946. Damals waren in dieser Klinik sieben Kinder unter fünf Jahren von einem lehrkranken Blutspender infiziert worden, wodurch vier der Kinder verstarben.

In der Sitzung des Würt.-Badischen Landtages am 19. Juni, wo diese Vorfälle bereits zur Sprache kamen, berichtete der SPD-Abgeordnete Dr. Hermann Knorr die unerhörte Tatsache, daß der betreffende Blutspender seit dem Jahre 1946 nicht mehr ärztlich untersucht worden sei. Als der Fall zum erstenmal in einer Zeitung veröffentlicht worden sollte, habe der Chefred. versucht, die gesamte Auflage der Zeitung aufzukaufen. Dr. Bambergert erklärte damals zu den Ausführungen Dr. Knorrs, er habe die Redaktion der „Jahres-Neckar-Zeitung“ lediglich gebeten, mit der Veröffentlichung der Vorfälle zu warten, bis die Voruntersuchung der Staatsanwaltschaft abgeschlossen sei, um die Öffentlichkeit nicht in unnötige Aufregung zu versetzen. Da die Redaktion

Die Plakatsäule

Kartoffeln. Es können beliefert werden: Abschnitte 104/01 der III. Woche, Verbraucher über drei Jahre mit 2000 g, Abschnitte 104/06 der III. Woche, Verbraucher unter drei Jahren mit 3000 g. Auf die Kartoffelabschnitte der III. Woche der Zulagekarten sind die aufgedruckten Mengen auszugeben.

Fett- und Käseausgabe. Die vom Kleinhandel auf 17. 8. 47 abzugebende Bestandsmeldung macht es erforderlich, daß sämtliche Abschnitte der 194. Zulageperiode für Butter und Käse unbedingt bis zu diesem Zeitpunkt eingelöst werden. Eine Belieferung der Verbraucher auf diese Abschnitte nach dem 17. 8. 47 erfolgt nicht.

Hülsenfrüchte. Die beim Einzelhandel vorhandenen Bestände an Hülsenfrüchten können im Verhältnis 1:1 als Nahrungsmittel abgegeben werden.

Butter. Für Teilbezahlungsverbraucher-Kleinkinder und Kleinkinder werden aufgerufen: 100 g Butter auf Abschnitt 408 mit Aufdruck „St-Karlsruhe FI Br“ bzw. „Khe-Land FI Br“ der Lebensmittelkarten 34 und 35. Es dürfen im Stadtkreis nur Abschnitte mit dem Aufdruck „St-Karlsruhe FI Br“, im Landkreis nur Abschnitte „Khe-Land FI Br“ beliefert werden. R.N.

Zugenehrkungen bei der Reichsbahn. Mit sofortiger Wirkung treten in allen Zonen wesentliche Zugenehrkungen in Kraft. Es empfiehlt sich deshalb, sich vor Antritt einer Reise über Abfahrtszeiten und Anschlussmöglichkeiten zu erkundigen. Umfassende Informationen sind z. Zt. noch nicht zu erhalten; sobald diese von seiten der Reichsbahn zugehen, werden wir ausführlich darüber berichten. rh.

Betreten des Flughafengeländes. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Betreten des Flughafengeländes — insbesondere das Betreten des Rollfeldes — verboten ist. Übertretungen des Verbotes gehen auf eigenes Risiko. -ns.

Umbezeichnung des Quartier- und Wohnungsamtes. Im Hinblick auf das dem Verkehrsverein übertragene Aufgabenfeld, das vor allem auch die Beschaffung von Quartieren für den Fremdenverkehr umfaßt, ist die bisherige Bezeichnung „Quartier- und Wohnungsamt“ in „Wohnungsamt“ geändert worden. -ns.

Badischer Kunstverein. Die Ausstellung „Alt Karlsruhe“ ist bis zum 24. 8. verlängert worden.

Kleine Karlsruher Chronik

M tödlicher Sturz. Eine 70jährige Frau stürzte in ihrem Garten über einen gespannten Draht und zog sich hierbei einen Schädelbruch zu, an dessen Folgen sie starb.

Schwerer Unfall. Auf der Kaiserstraße wurde eine Fußgängerin von einem Motorradfahrer angefahren und schwer verletzt. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung. pp.

Beim Baden ertrunken. Am Sonntag ertrank im Rheinstrandbad Rappenwört ein 41jähriger Arbeiter mit seinem zehnjährigen Sohn. Nach dem bisherigen Ergebnis der angestellten Untersuchung wollte der Vater seinem Jungen, der sich in Not befand, zu Hilfe kommen. Hierbei schneit er einen Herzschlag erlitten zu haben. a.

Felddiebstähle. Polizeibeamte und Feldhüter brachten bei ihrem Feldüberwachungsdienst über das Wochenende 29 Personen wegen Felddiebstahl zur Anzeige. / pp.

168 Liebesgabenpakete verbrannt. Auf der Autobahn bei Wolfartsweier geriet ein mit 168 Liebesgabenpaketen beladener Lastkraftwagen, der von der Schweiz nach München unterwegs war, in Brand und wurde mit der gesamten Ladung vernichtet. Die Ursache ist noch ungeklärt. -rn.

Blitzschlag. Am Abend des 4. August schlug im Bauhof des Mieter- und Bauvereins in der Rheinstrandbad ein Blitz ein, wodurch die elektrische Lichtleitung zerstört wurde. Personen- und sonstiger Sachschaden entstand nicht.

Die SAZ gratuliert! Am 7. August 1947 begaben die Eheleute Viktor Flaig, Karlsruhe, Kornhubenstr. 1, und die Eheleute Martin Gresh, Karlsruhe, Geranienstr. 16a, das Fest ihrer goldenen Hochzeit. Der Oberbürgermeister ließ den Jubelpaaren die herzlichsten Glückwünsche neben einer Ehrengabe übermitteln. — Johann Kallier, der Silente Einwohner von Daxlanden, feierte am 4. August seinen 85. Geburtstag. — Ihren 81. Geburtstag feiert am 8. August Frau Maria Meltenberger, Steinstr. 23.

spricht nicht mehr unserer Mentalität, Dick aufgetragene Schein-Romantik beinträchtigt auch die ästhetische Wirkung schauspielerischen Könnens der Darsteller. Da ist vor allem „Die Waise“ Jean Fontaine, die als zunächst unabhängige junge Erzieherin das Herz des vom Schicksal gebeugten Grafen rührt und milde stimmt. (Im Film kann sie das mit absolut sicherem Erfolg durch etwas sehr sentimentales Resonanz tun.) Auch die anderen Darsteller — von denen neben Henry Daniell als fanatischer Pastor Margaret O'Brien als Kinderstar genannt sein soll — tun ihr Bestes, um durch gute Darstellungskunst dem Filmstreifen zu einem geschlossenen Ganzen und natürlich auch zu einem glücklichen Ende zu verhelfen. -Hr-

Kabarett-Hotzen

Neues Programm im „Rheingold“ und auch dieses Mal: Ganz groß! Kurt Marx Rheder, ein Meister seines Fachs, konfiziert und wird als „kleiner Frechdachs“ rasch zum Publikumsliebling. Gould & Gould, sowie die 2 Wili-Helmly finden mit ihrer Komik Beifall, während das Aglo-Ballett mit einigen Tänzen, besonders im niedlichen Kostüm „der 3 Dirndl“ zu gefallen weiß. Die P's Kurttis, deren Kraftbalancenummer Bewunderung erregt, ernten reichlich Applaus, worüber sich nicht selbst das „halbe Publikum“ freut. Mac Tofo ist ein Musik-Komödiant, über den man wieder einmal so recht im Herzen lachen kann. Wie er die unmittelbarsten Dinge und Instrumente „so nebenbei“ aus seiner Tasche hervorholt und zuletzt als „Zitherspieler der Seppel“ inmitten seiner mitgebrachten Rhythmen sitzt, muß man gesehen haben. Flotte Weisen, gespielt von einer zarten Kapelle, lassen zu einem vollen Erfolg des Abends bei. -Kr-

Im „Pfeifenstiel“ bringt K. H. Vehmann eine bunt zusammengestellte und dem Milieu angepaßte Programm-

folge, aus der Teddy Walwar mit seinem fott dargoboteren Jongleur-Akt hervorstrahlt. Daisy und René sind ein in Figur und Kostüm gut abgestimmtes Tanzpaar, während Bruno B. 18.15 Musik u. Tisch, 18.45 Musik u. Tisch, 19.00 Opernklänge, 19.00 Hörspiel „Am Wege der Zeit“, 22.00 Studiokonzert, 22.45 Sprech., 23.10 Die Constabulary-Kapelle spielt; 23.20 Lieder u. Weisen von Carl Maria v. Weber. -L.

Ukrainische Volklieder

Am 31. Juli sang in der Stadthalle in Eßlingen unter der Leitung von Professor Emil Pieszkiewicz der Surma-Chor, einer der ältesten ukrainischen Chöre. Vor 25 Jahren gegründet, entstand der Chor nach dem Kriege in Regensburg neu und macht in seinen malerischen Volkstrachten einen ausgezeichneten Eindruck. Die Darbietungen bestanden fast ausschließlich aus Volksliedern in Deutschland wenig bekannter Komponisten, die der Chor in seiner Heimatssprache vortrug. Die über nichtstretoweniger großen Anklang fanden. Prof. Pieszkiewicz führte aus, daß er die Volkskunst der Ukraine weitesten Kreisen der deutschen Bevölkerung zugänglich machen wolle, um auf diese Art die Menschen beider Länder sich näher zu bringen. Es ist bedauerlich, daß der Saal infolge der Hitze nicht voll besetzt war, zumal die Surma einen Teil des Heimattrages dem Hilfslager der Stadt Klingen zur Verfügung gestellt hatten. R.J.

Radio Stuttgart sendet

Mittwoch, 6. August: 8.00 Frühmusik; 8.30 Gymo.; 8.45 Nachr.; 9.13 Frühmusik; 1.00 Melod. u. Morcen; 8.00 Stimme Americas; 8.30 Morgenstund ...; 8.00 Haus u. Heim; 8.45 Wasserstände; 10.00 Schulfunk; 11.30 Kluderschied; 11.55 Kult. Vorschau; 12.00 Musik u. Mittagst.; 12.45 Nachr.; 13.00 Musik u. Mittagst.; 13.15

Anschlagssätze: 13.30 Orchestermusik; 14.00 Schulfunk; 14.30 Kinderfunk; 17.00 Uro. Solisten; 17.20 Filz u. Böchertrud; 17.43 Nachr.; 18.00 Reigen schöner Melodien; 18.15 Aktuelles u. Wissenswertes; 18.30 Sport; 18.45 Echo a. Baden; 19.00 Stimme Americas; 19.30 Wüdtens Sief; 19.45 Nachr.; 20.00 Opernklänge; 21.00 Hörspiel „Am Wege der Zeit“; 22.00 Studiokonzert; 22.45 Sprech.; 23.10 Die Constabulary-Kapelle spielt; 23.20 Lieder u. Weisen von Carl Maria v. Weber.

Donnerstag, 7. August: 8.00 Frühmusik; 8.30 Gymo.; 8.45 Nachr.; 9.13 Melod. im Morgen; 8.50 Stimme Americas; 8.30 Morgenstund ...; 8.45 Wasserstände; 10.00 Schulfunk; 11.30 Kinderschied; 11.55 Kult. Vorschau; 12.00 Landfunk; 12.15 Musik u. Mittagst.; 12.45 Nachr.; 13.00 Musik u. Tisch; 14.00 Schulfunk; 16.30 Musik; 17.00 Kleines Konzert; 17.50 Sued. l. Würt. u. Baden; 17.43 Nachr.; 17.50 Melod. u. Rhythmus; 18.20 Engl. l. Erw.; 18.45 Für Werktätige; 18.40 Was jeder wissen muß; 19.30 Leichte Musik; 19.45 Nachr.; 20.00 Volkswesen aus aller Welt; 20.30 Allerlei; 21.00 Abendkonzert; 21.15 Prozesse d. Zeit; 22.30 Kl. Nacht-musik; 22.45 Nachr.; 23.00 Tanzmusik; 23.20 Adagio a. d. Violinkonzert v. M. Bruch.

Einzelne Schau

Übersticht: Die kühlere Meeresluft, die am Montagabend in unser Gebiet eingelassen ist, wird unser Wetter noch einige Tage bestimmen.

Vorhersage des Amts für Wetterdienst Karlsruhe, gültig bis Donnerstagabend: Überwiegend starker bewölkt mit einzelnen ubauerartigen Regenschauern, teils mit Gewittern. Höchsttemperaturen 21 bis 24 Grad, Tiefsttemperaturen um 15 Grad Schwache bis mäßige Winde aus Südwest bis West.

ihm erklärt habe, eine Herausnahme des Artikels verursache zu hohe Kosten, habe er sich erboten, diese Kosten zu tragen. Der Artikel sei aber trotzdem erschienen. Dr. Bambergert betonte weiterhin, daß er, als ihm die Vorkommnisse Ende vorigen Jahres auf seiner Ambulanz gemeldet worden waren, die Angelegenheit sofort der Staatsanwaltschaft übergeben habe.

Gegen Dr. Bambergert läuft zur Zeit ein Gerichtsverfahren. Mit der kommissarischen Leitung der Klinik wurde Prof. Dr. Hans Opitz beauftragt.

Immer wieder Sittlichkeitsdelikte

Dank der Aufklärung seitens der Eltern gelang es einem 13jährigen Mädchen aus Durlach, einem seit Wochen gesuchten Sittlichkeitsverbrecher der Polizei zu übergeben. Das Kind war mehrmals auf dem Weg zur Schule von einem etwa 40-jährigen Mann angesprochen worden, der es verleitete, zu ihm auf das Fahrrad zu sitzen, um bequemer zur Schule zu kommen. Als ihr der Mann einige Tage später wieder auflaute, verabredete sie sich mit ihm auf den nächsten Tag. Sowie der Mann sich mit der Kleinen auf einem Nebenweg davonmachen wollte, wurde er von dem Vater des Kindes und einem inzwischen verständigten Polizeibeamten festgenommen.

Ein bis jetzt noch unbekannter Junger Bursche lockte ein 43jährige Kind unter dem Vorwand, es bekomme Schokolade, in den Keller eines zerstörten Hauses in der Friedenstraße. Nachdem es das Kind entkleidet hatte, schlug er es mit einem Ledergürtel und mit Stöcken derart, daß auf Rücken und Gesicht viele blutunterlaufene Striemen entstanden. Außerdem nahm er unzuchtige Handlungen an dem Kind vor. Die Kriminalpolizei fahndet nach dem Böbling. pp.

Ein junger Mann mißbrauchte die Gastfreundschaft einer Familie, die ihm ein Nachtquartier zur Verfügung gestellt hatte, in größtmöglicher Weise. Als er in den Morgenstunden für einige Zeit mit der 14jährigen Tochter allein in der Wohnung gelassen wurde, nutzte er sie unter Anwendung roher Gewalt. Dem Mädchen gelang es, den Täter in der Wohnung einzuschließen und die Kriminalpolizei herbeizurufen. Der Verbrecher versuchte zwar, mit Hilfe einer Decke aus dem Fenster des 2. Stockes zu entkommen, was aber durch die Kriminalpolizei verhindert wurde, die ihn festnahm und in das Gefängnis entführte. pp.

Badische Rundschau

Kriegsschäden in den Landkreisen. Nach einer vorläufigen Statistik über Kriegsschäden an Gebäuden im Landkreis Nordbaden hat außer den schwerbeschädigten Städten Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim und Bruchsal besonders der Landkreis Karlsruhe starke Schäden aufzuweisen. Von 29 Gemeinden sind 98 betroffen. Im Landkreis Pforzheim sind von 34 Gemeinden 27 beschädigt, im Landkreis Bruchsal sind es 26 betreffende von insgesamt 27 Gemeinden, während von den 83 Gemeinden des Landkreises Tauberbischofsheim 22 gelitten haben. (Dena)

Karlsruher Redaktion: Helmut Haag, Waldstraße 22, Telefon 3050-3053.

